

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 3

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gehört zur soldatischen Pflicht nicht auch das soldatische Recht, sich und sein Land bestmöglichst verteidigen zu können?

Der Schweizer Bürger hat Pflichten, gut; aber der Schweizer Bürger hat auch Rechte, und Rechte sollte er auch *als Soldat* haben.

Es liegt keine Unmoral im gesellschaftlichen Sinn darin, dass einer seine Pflicht nur dann wahrnehmen will, wenn er dadurch zugleich auch seine persönlichen Rechte und Interessen gewährleistet sieht. Das kann man nicht einfach als Eigennutz abtun, denn ein Staat — und zumal ein demokratischer — verliert auch heute jede Existenzberechtigung, wenn er nicht die Interessen jener vertritt, die sich im Verlaufe der Entwicklung der Gesellschaft in diesem Sinn zur staatlichen Gemeinschaft zusammengefunden haben.

Im übrigen ist zu sagen, dass jede Pflichtaufrechterung unweigerlich zur eigentlichen Sklaverei wird, wenn sie nicht auch mit der Gewährung von entsprechenden Rechten verbunden ist.

Als entsprechendes Wehrrecht zur Wehrpflicht des diensttauglichen Schweizers würde ich bezeichnen, wenn ihm für seinen Dienst die Bewaffnung und Ausrüstung zugestanden wird, mit

der er erstens seinen Dienst optimal erfüllen kann und mit der er zweitens auch die grösstmöglichen Ueberlebenschancen hat. Alles andere scheint mir unverantwortlich, und ich scheue mich nicht, das Sklaverei zu nennen, ist doch jeder Soldat dem Staat im wörtlichen Sinn leib-eigen. Nur unter den genannten Bedingungen lässt sich die Wehrpflicht nach unseren hohen Freiheitsidealen und -kriterien verantworten.

Es geht deshalb nicht an, dass man mit jungen Dienstverweigerern umspringt wie mit Landesverrättern, während alle andern, die auch nicht die verlangten Opfer darzubringen bereit sind, nämlich jene, die zahlen müssten, weiterhin als völlig integer gelten und dazu noch grosses Ansehen geniessen. Daher die Forderung nach Emanzipation des gewöhnlichen Soldaten, Emanzipation im wahren Sinne des Wortes, nämlich Befreiung aus der oben genannten Sklaverei.

Rüstung gemäss Fieberkurve der Staatsfinanzen?

Auswege aus der heutigen Situation gibt es nach meiner Ansicht nur zwei:

Einerseits erscheint die ungenügende Bewaffnung als negativer Entscheid auf die Vertrauensfrage nach dem Wehrwillen der Schweiz. Dieses «Nein» enthält zugleich ein «Ja» zur «Selbstbefreiung»

des Schweizer Soldaten nach dem Muster der Dienstverweigerer, womit sich über kurz oder lang eine «Befreiung» durch «Brüder» aus dem Ausland verbindet, wie entsprechende Hilfe ja auch schon Afghanistan zuteil wurde, nachdem seine Armee unter einem substantiellen und materiellen Schwund zur Marionette geschrumpft war.

Andererseits — und das ist die Alternative — kann der Ausweg so gesucht werden, dass man das Vertrauen in unsere Wehrfähigkeit wiederherstellt. Und das geht nur, wenn die Rüstungsbeschaffung unserer Armee endlich von der Fieberkurve unserer Staatsfinanzen unabhängig wird, dagegen sich dem Krankheitsbild der Entspannungspolitik und der machtpolitischen Lage vernünftig anpasst.

Wenn man die Mängel in unserer Landesverteidigung weiterhin auszubügeln sucht, indem man sie herunterspielt, verniedlicht und vertuscht — was beim hohen Anteil nützlicher Idioten und gutgläubiger Naiver in der Bevölkerung leider weiterhin Erfolg verspricht —, so ist das meiner Meinung nach nicht nur verantwortungslos und deshalb Vernachlässigung der Pflicht auf höchster Ebene, sondern im bewussten Hinblick auf eine nationale Katastrophe geradezu verbrecherisch. ■

Ein neues Buch, das Furore machen wird*

Die Falschmelder

Das Malaise über die Desinformation in Monopolmedien ist so gross geworden, dass das Parlament vergangenen Dezember beschlossen hat, die bestehende Beschwerde («abweisungs»)kommission durch eine unabhängige Beschwerdeprüfungskommission zu ersetzen. Was längst fällig war.

Wie von der Tarantel gestochen, klagte Arbus flugs über eine angebliche Gefährdung der Pressefreiheit an Radio und Fernsehen. Als ob es sie heute gäbe, da die Programmschaffenden — eher die «Propagandaschaffenden» — selbstherrlich und arrogant bestimmen, wer zu Worte kommt und *wer nicht*. Hat Arbus Angst vor der *Einführung* der Pressefreiheit?

Desinformation ist vordergründig das Werk der nützlichen Naiven, die dafür das geistige Klima geschaffen haben.

Gewiss, am Anfang standen Schwierigkeiten und Probleme, die in der westlichen Industriegesellschaft ihren Ursprung haben: materialistisches Konsumdenken, Absicherung im Wohlfahrtsstaat, Sinnentleerung des Lebens. Aber...

Aber diese Schwierigkeiten hätten niemals die Wirkungen erzielen können, die wir seit 1968 erleben. Da ist eine überwältigende Finanz- und Organisationshilfe von aussen am Werk. Da ist im grossen Stil manipuliert worden, mit Infiltration, Subversion und Desinformation. So wurde

die Verunsicherung grossgejubelt, die Polarisierung beschleunigt, die Selbstzerstörung angeheizt. Wie — das enthüllt eine der *spannendsten Neuerscheinungen* auf dem Büchermarkt. Zwei hervorragende Journalisten und Kenner der internationalen Beziehungen, Arnaud de Borchgrave und Robert Moss, haben Fakten zu einem Politthriller verschlüsselt: um einmal den ganzen Ab-

lauf vom Agenten über die Desinformation bis zur Meinungsmanipulation aufzuhellen, ein Ablauf, der sonst nur in zusammenhanglosen Bruchstücken bekannt wird.

Englisch und amerikanisch erschien das Buch letztes Jahr unter dem Titel «The Spike». Es hat viel Staub aufgewirbelt. Namentlich wurde versucht, den Verkauf an den Kiosken in der UNO Genf zu verbieten.

Wir empfehlen «Die Falschmelder» zur Lektüre — und zur Weitergabe an jemanden, der es lesen sollte. Das Buch erscheint Ende Februar. Wenn Sie jetzt mit untenstehendem Coupon bestellen, sichern Sie sich rascheste Auslieferung. *Sa*

* Arnaud de Borchgrave/Robert Moss: «Die Falschmelder», etwa 480 Seiten, Fr. 34.— (+ Porto).

Bestellcoupon

Ex. de Borchgrave/Moss, Die Falschmelder Fr. 34.— + Porto

Ex.

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____ Datum: _____

Buchhandlung SOI, Postfach, 3000 Bern 6, Telefon 031 43 12 15

FACETTEN zum Alltag drüben

Tetraplatzer

Es hat keinen Zweck, sagt die Fabel, über verschüttete Milch zu weinen, aber wenn die Verschüttung weitergeht, sind Klagen doch angebracht.

In Nowosibirsk herrscht eine Milchschwemme. Aber nicht wegen Ueberangebots, sondern wegen geplatzter Tetrapacks (oder wie der Plural von diesem Pack sonst heissen mag). Die Läden sorgen auf ihre Weise vor: Sie stellen die Milchpackungen, die sie zum Verkauf anbieten, gleich mal in eine grosse Waschsüssel, und die Kunden können ihre Ware dann aus der verströmten Milch herausfischen. In der Hoffnung, dass sich innerhalb der Kartonwände auch noch etwas Milch befindet.

Die Beschwerden aus dem Publikum haben die «Komsomolskaja Prawda» (Moskau, 14.1.1981) veranlasst, die Sache durch ihre Korrespondenten in Nowosibirsk recherchieren zu lassen. Als erstes ergab sich, dass die Geschäfte nichts dafür konnten. Die Verkaufsleiter waren selber entüstet über die Qualität der zugelieferten Warenverpackungen. Tonnenweise werde so ein wertvolles Nahrungsmittel verschwendet, sagte der eine, bei dem die Kunden ihre Suche nach haltbaren Packungen schon aufgegeben hatten.

Als zweites stellte sich heraus, dass die Fabrik, in der man die pyramidalen Milchbehälter aus Karton herstellt, auch nicht schuld war. Der Direktor räumte zwar bereitwillig ein, dass die Produkte seines Betriebes revoltierend schlecht seien, aber was man denn mehr tun könne, als etwa jede zehnte Packung nach ihrer Verfertigung auszusortieren und dem Abfall zu übergeben? Das Material sei eben schlecht, und dann habe man für schadhafte Einrichtungen keine Ersatzteile aufreiben können.

Die Aufschrift «Milch in Packungen» ist geändert worden. Es heisst jetzt «Milch im Ausschank», und die Flaschen hat der Kunde mitzubringen.



Bei diesem unschuldigen Stand der Dinge mussten die Recherchen offenbar abgebrochen werden. Dennoch weiss die «Komsomolskaja Prawda» den Leuten einen Rat, wenigstens einen zeichnerischen. Eine Karikatur empfiehlt ihnen, Flaschen mitzubringen, wenn sie abgepackte Milch kaufen wollen.

In Kürze

Mit diesen Worten hat «Rude pravo» (Prag, 14.1.1981) den Polen gründliche Rattenvertilgung empfohlen:

«Das ‚Schiff‘ dieser neuen Gewerkschaften ist letzten Sommer in das politische Leben Polens eingelaufen und hat angedockt. Seine Erbauer besprechen immer noch die Details des Projektes und unterlassen es zu merken, dass antikommunistisch infizierte Ratten sich auf den Decks niedergelassen haben und die Seuche verbreiten. Einige versuchen sich schon der Kommandobrücke anzunähern, andere sind, wie das in Häfen so vorkommen kann, von ausländischen Schiffen aus an Bord gesprungen. Hoffen wir, dass sowohl die Führer von ‚Solidarnosc‘ als auch die Organisation als Ganzes dieser Bedrohung ihre Aufmerksamkeit schenken und die notwendige Desinfizierung durchführen.»

Die Vertilgungssprache der Nazis. Ist sie euch keine antifaschistische Demonstration wert, Genossen?

Nur keine Angst vor Widersprüchen. Sie sind dialektisch lösbar. Der bulgarische Ministerpräsident Stanko Todorov ist 60 Jahre alt geworden. Bei der Gelegenheit hat man ihn zum Helden der sozialistischen Arbeit ernannt. Den Titel verlieh das ZK dem Geehrten in seiner Eigenschaft als «glühender Patriot und Internationalist». Wahrscheinlich, weil er ein so markanter Zwerg und Riese ist. Ein Zwerg gegenüber den sowjetischen Kolonialherren und ein Riese gegenüber den bulgarischen Untertanen.

Die Sowjetunion hat das amerikanische Embargo gegen die iranischen Geiselnahmer ohne grosses Aufheben für sich genutzt (über das Handels- und Transportabkommen zwischen Moskau und Teheran vom letzten Herbst wurde monatelang

Erdöl aus Pommern

Brandneue Berichte aus Polen gibt es genug, aber die wirklich brandneue Erdölförderung bei Karlin in Pommern ist wenigstens eine nationale Hoffnung.

Die dort entdeckten Vorkommen haben allerdings schon die ersten Probleme gestellt. Beim überstürzten Beginn der Ausbeutung brach ein Brand aus, der erst nach Wochen gelöscht werden konnte.

Für den Anfang rechnet man mit einer Förderleistung von 1000 Tonnen pro Tag; man transportiert es vorläufig per Eisenbahn 600 Kilometer weit in die Raffinerie von Trzebinia in Südpolen. Der Schifftransport in die nahegelegene Raffinerie von Danzig lohnt sich noch nicht, da die Tanker bei der relativ geringen Fördermenge zu lange warten müssten, bis sie gefüllt wären.

Laut ersten Analysen ist das pommersche Erdöl von «mittlerer» Qualität und hat einen grossen Paraffinanteil.



Die Karikatur aus «Szpilki» (Warschau, 25.1.1981) nimmt unter dem Titel «Gespräche in Karlin» auf das brennende Ereignis Bezug. Da sagen die Leute mehr oder weniger witzige Sachen über den neuen OPEC-Staat oder kalauern mit dem Wort «rop», das sowohl Erdöl als auch Eiter bedeuten kann. Einer fragt, wieviel man bei der Erdölförderung drauflegen müsse. Ein Gesprächsfetzen vor dem brennenden Bohrloch enthält aber auch eine aussenpolitische Anzüglichkeit: «Die Amerikaner würden da sicher einen Deckel draufmachen.» — «Nun, das macht vielleicht ein anderer...» (nämlich der grosse Bruder).

ZETBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise
Fr. 39.- jährlich (Ausland Fr./DM 42.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.-
(Ausland Fr./DM 28.-)
Einzelnnummer Fr. 2.- (Ausland Fr./DM 2.50)

erst gar nichts und dann fast nichts veröffentlicht) und seine Wirtschaftspräsenz in Iran erheblich verstärkt. Die UdSSR baut in Iran zurzeit 132 Objekte, darunter mehrere Stahlwerke. Bemerkenswerterweise hat die Sowjetunion in Iran auch 15 Kohlenbergwerke in Betrieb genommen. «Sie werden den iranischen Energiebedarf soweit decken, dass das Land selber kein Erdöl mehr brauchen wird» («Vjesnik», Zagreb). Und es zur Investitionsbezahlung wohl den Sowjets abliefern kann ...

*

In Polen war die Fleischrationierung grundsätzlich auf den Jahresbeginn 1981 angesetzt worden, aber sie konnte bis jetzt noch nicht verwirklicht werden; das Problem der gerechten Verteilung macht weiterhin Sorgen.

Der Staat rechnet damit, im laufenden Jahr 2,1 Millionen Tonnen Fleisch aufkaufen zu können, 420 000 Tonnen weniger als 1980 (die

Schwierigkeiten in der Fleischversorgung hatten letzten Sommer die Unruhen in Polen ausgelöst). Nach Abzweigung der benötigten Mengen für Kollektivverpflegung (z. B. in der Armee) und Reservebildung sollten schliesslich für den Verkauf auf Rationierungskarten noch 1 230 000 Tonnen sogenanntes Handelsfleisch zur Verfügung stehen. Das wären bei 36 Millionen Einwohnern rund 34 Kilo pro Kopf für das Jahr oder gut 90 Gramm pro Tag.

Man will 155 000 Tonnen «hochwertiges Fleisch» exportieren, hofft aber dafür erheblich grössere Mengen an billigerem Fleisch einführen zu können, ebenso Getreide und Futtermittel.

*

«Sozialismus und politischer Pluralismus sind nicht zu versöhnen; folglich kann jegliches Verlangen nach Schaffung politischer Parteien, die auf irgendwelchen Arten antikommunistischer

Ideologie basieren, nicht anders betrachtet werden denn als Akt der Feinde des Sozialismus.»

So die stramm moskaufreundliche polnische Armeezeitung (Rückschlüsse auf die polnische Armee wären allerdings noch verfrüht) «Zolnier Wolnosci» in der Uebersetzung von «Neues Deutschland» (Ostberlin, 9. 1. 1981).

Der Text doppelt dann mit einem Paradox nach, das allerdings nicht so erheiternd ist:

«Sozialismus als sozialökonomische und politische Ordnung bringt keine politische Opposition hervor, und keinesfalls darf sie sie tolerieren.»

Von der Sissi-Uebersetzung abgesehen, hat der Satz also folgenden Inhalt: Die politische Opposition kann es bei uns erstens gar nicht geben, und zweitens muss sie liquidiert werden. Ein logischer Quatsch, aber er ist ernst zu nehmen, denn die Liquidierungsabsicht ist Moskauer Klartext. Die Begründung, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, kennen wir schon lange. ■

Briefe

Geschmacklose Politwitze

Beim Ablegen kommt mir die Nummer 25/1980 mit ihren Politwitzen (S. 16) wieder in die Finger, und ich muss Ihnen einfach mitteilen, wie unangenehm berührt ich von den Witzen war. Besonders von dem über Tansania und die «Plissnots» («... das sind schwarze Tiere mit aufrechtem Gang. Wenn man auf sie anlegt, stossen sie einen markanten Ruf aus: Please, not!»).

Weltweit versucht man, nicht zuletzt im SOI, Menschenrecht und Menschenwürde als unteilbares Recht verständlich zu machen, jede Art von Diskriminierung anzuprangern. Gewiss wollen die Witze Missstände aufzeigen. Sich aber lustigzumachen über die hilflose Haltung der Weissen und die Menschenwürde der Schwarzen, zeugt doch von schlechtem Geschmack und hilft bestimmt nicht, in der Allgemeinheit die Achtung für andere zu wecken, seien es nun Minderheiten, Angehörige von andern Religionen oder Rassen.

Ich habe jemanden gesehen, der diesen Witz als Bestätigung auffasste, dass die Schwarzen nicht zu entwickeln seien und dass Entwicklungshilfe keinen Sinn habe ...

Haben Sie keinen Witz, der dies ausgleichen könnte? u. m.

Red. ZB: Der betreffende Witz ist tatsächlich so überaus geschmacklos, dass man aus diesem Grunde sehr wohl den Entscheid hätte fällen können, ihn besser wegzulassen. Das geht soweit um die Frage der Behandlung von Politwitzen überhaupt. Ihre Bemerkung, dass Sie «von den Witzen» unangenehm berührt waren, bestätigt das. Politwitze sind häufig auf unterschiedliche Weise anstössig: vulgär, geschmacklos, zynisch,

obszön usw. Die Frage nach der mehr repräsentativen oder mehr präsentablen Auswahl (und Formulierung) stellt sich da alleweil; wir haben das anlässlich unserer Sondernummer über Politwitze (Nr. 15/1979) wenigstens ansatzweise auch im ZeitBild diskutiert. Und wenn jener wirklich grausige Witz für den Leser jenseits des Zumutbaren liegt, dann wollen wir die Grenze künftig etwas schärfer abstecken. Das ist das eine Thema, das Ihr Brief zur (stets berechtigten) Debatte stellt.

Das andere Thema aber ist Sinn und Sinnumkehrung jenes Witzes. Und hier gilt es nun zu sehen, dass der Witz auf seine krude Art ganz genau Ihrer Forderung nachkommt, die Diskriminierung anzuprangern. Das ist ein oppositioneller Witz, der gegen den Systemvertreter Husak und gegen dessen Menschenverachtung gerichtet ist. Also kann der Witz logischerweise schon gar nicht den Sinn haben, das gutzuheissen, was er dem Husak anlastet.

Der von Ihnen zitierte Jemand hat verkehrt lesen müssen, um sich sein offenbar schon vorhande-

nes Vorurteil «bestätigen» zu lassen. Richtig wäre dagegen die Schlussfolgerung, dass die Schwarzen (und die übrigen Menschen) nicht mit Massmorden zu entwickeln sind, wie sie die «Husaks», das heisst die Söldner Breschnevs, in Angola und Aethiopien so gut wie im ausserafrikanischen Afghanistan praktizieren.

Ihre Bitte um einen Ausgleichswitz (enthüllend im Inhalt, anständig in der Form) wollen wir aber doch zu erfüllen trachten.

*

Der osteuropäische Agrarexperte ist in die äquatorialafrikanischen Verhältnisse eingeführt worden und empfindet nun ein Bedürfnis nach zusätzlichen Instruktionen. «Beim hiesigen Klima», so schreibt er in seinem Bericht, «gibt es keinen Winter. Damit stellt sich das Problem, wie man den Schnee ersetzen kann, der die Ernte auf den Feldern bis zum Frühling konserviert.»

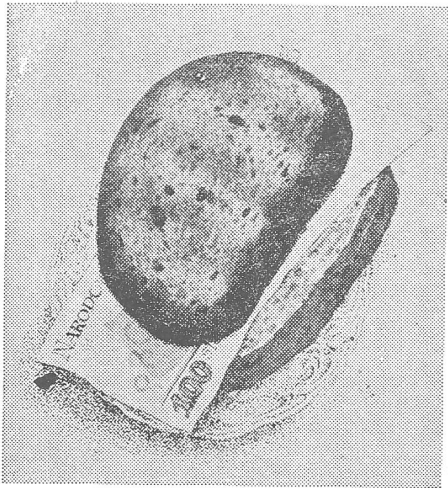
*

Tropenlicht auf den Kolchosmatsch in den sozialistischen Stammländern. Auch ein Politwitz. cb

Aus dem SOI

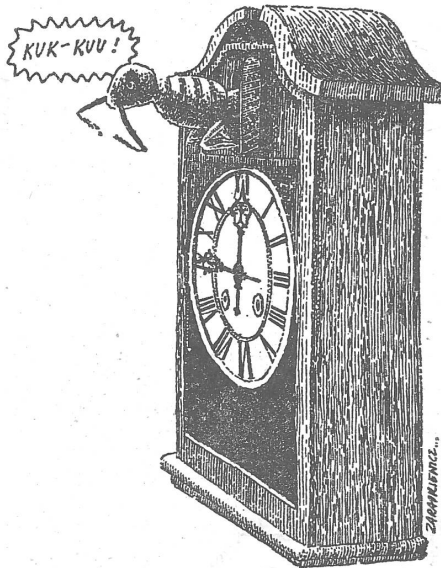
Dank einer besonderen und zweckgebundenen Unterstützung ist es uns möglich, den arabischen Pressedienst (APD), der bereits von 1965 bis 1971 erschienen ist, wiederum herauszugeben. Er wird, gleich wie unsere Pressedienste in englischer, französischer und spanischer Sprache, vierzehntägig erscheinen. Die erste Nummer ist am 16. Februar versandfertig. In lateinischer Schrift liest sich der Titel unseres APD wie folgt: Nashrat as-Sahafa as-Swisseria.

نشرة الصحافة السويسرية
اخبار وتعليقات على الشؤون المالية

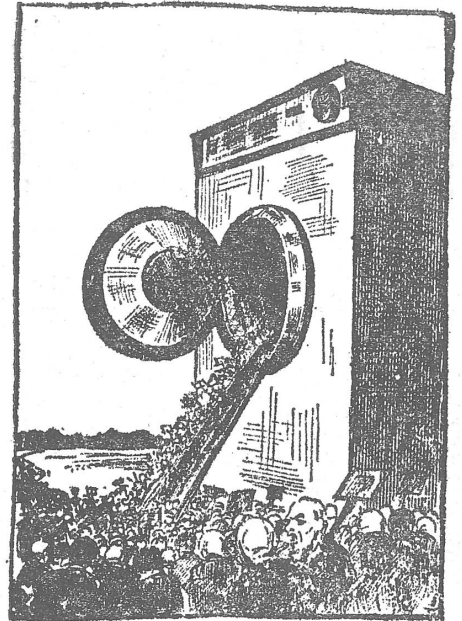


Der Sandwich mit einer Note von 100 Zloty als Einlage. Die Karikatur ohne Worte ist sozusagen eine Illustration zu einer klassischen Frage an Radio Eriwan: «Wird man im Jahre 2000 genügend Geld haben?» Worauf der Sender antwortet: «Nichts anderes als Geld.»

Wem die Stunde schnauzig schlägt



Eine Karikatur, die auf den unabhängigen Gewerkschaftsverband Solidarnosc zielt. Die Ameise, von ihrer Natur her zur Arbeit bestimmt, hat ihre Tätigkeit umgestellt und ruft jetzt aus, was die Kuckucksstunde schlägt. Und diese Emse trägt ihre Fühler in der Schnauzform von Lech Walesa.

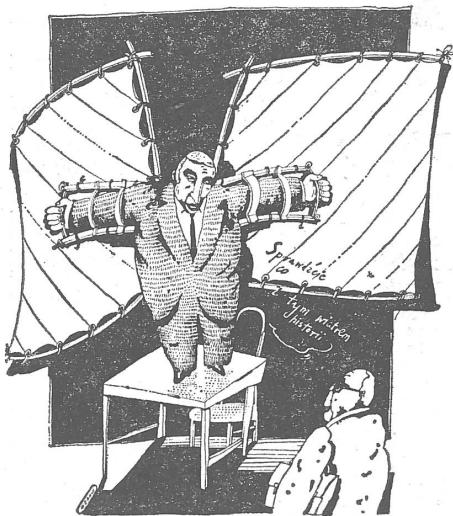


Die grosse Wäsche (für das Volk). Aus der Betriebszeitung «Słowo Gornika», Dabrowa Gornicza.



«Weisst du, was ich sein möchte, wenn ich einmal gross bin?» - ? - «Ein Entscheidungsbefugter.» (Denn die Befugten reisen jetzt immer zu den Verhandlungen und sind im Gespräch.)

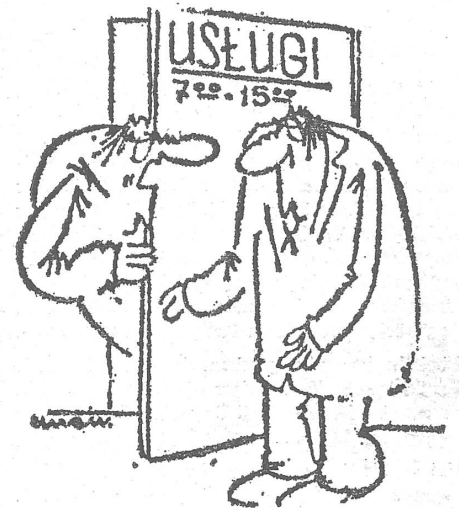
Karikaturen aus «Szpilki», Warschau 25. 1. 1981



«Was gibt es da noch zu prüfen? Bei diesem Wind der Geschichte?»



«Ein gutes Zeichen: der Onkel Leon hat jetzt aufgehört, seine Briefe zu chiffrieren.»



«Kommen Sie bitte kurz vor Arbeitsschluss, aber doch nicht jetzt, wenn alle schlafen.» Aus der Betriebszeitung «Budujemy Samochody», Starachowice.

(«Szpilki» hat schon früher regelmässig Karikaturen aus Betriebszeitungen übernommen. Im Unterschied zur normalen Presse kann man osteuropäische Betriebszeitungen im Westen nicht abonnieren.)